

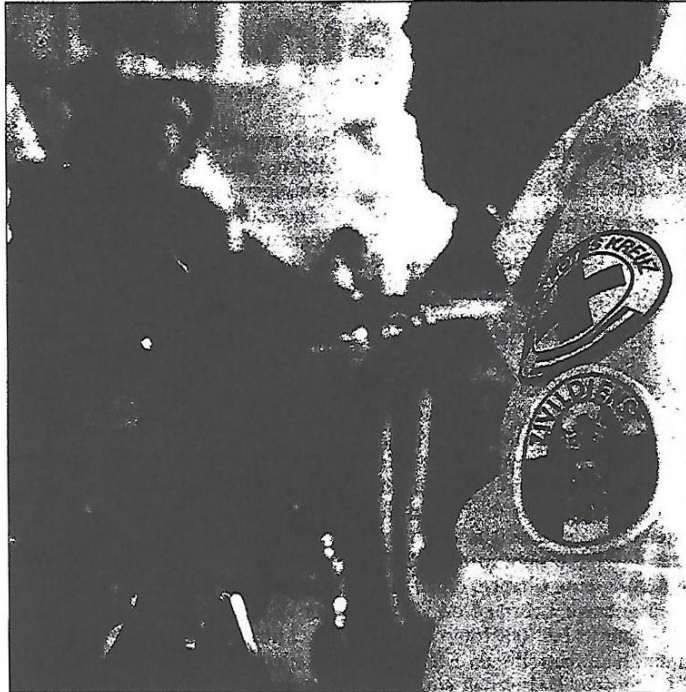
Die große Pflegelücke

Österreich steuert auf einen Engpass beim Pflegepersonal zu. 2010 werden mehr als 10.000 Arbeitskräfte in diesem Bereich benötigt werden.

BLUMAU (SN-wie). Die Zahl der pflegebedürftigen Personen in Österreich wird sich in den nächsten zehn Jahren dramatisch erhöhen. Sind es jetzt 600.000 Personen (davon 540.000 zu Hause und 60.000 in Alters- und Pflegeheimen), die Hilfe und Pflege bedürfen, werden es 2011 knapp 800.000 Menschen sein. Dieser Anstieg um ein Drittel wird zu einem massiv höheren Bedarf nach Pflegepersonal führen, sagte der Geschäftsführer des Österreichischen Roten Kreuzes, Werner Kerschbaum, auf einer von der UNIQA-Gruppe veranstalteten Enquete zur Zukunft des Alterns.

Derzeit wird ein Großteil dieser Menschen ausschließlich von Angehörigen betreut. Deren Potenzial nehme auf Grund von Doppelbelastungen aber beständig ab. Ein Fünftel der Bedürftigen wird zusätzlich oder ausschließlich durch derzeit 5800 angestellte Pflege- und Betreuungspersonen unterstützt. Die Bundesländer gehen davon aus, dass dieser Bedarf 2010 mehr als doppelt so hoch sein wird. Damit werde man mehr als 10.000 neue Arbeitskräfte in diesem Berufsfeld brauchen, so Kerschbaum.

Ändern müsse sich in Zukunft



Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich drastisch erhöhen, so das Rote Kreuz. Bild: Ratzer

aber auch das Verhältnis von mobiler zu stationärer Pflege. 85 Prozent der Bedürftigen wünschen sich eine mobile Betreuung, aber nur 35 Prozent erhalten sie auch. Das spiegelte sich auch in den aufgewendeten Mitteln nieder, rechnete Kerschbaum vor. Derzeit fließen 350 Mill. Euro pro Jahr in die mobile Pflege, aber 1,3 Mrd. Euro in den stationären Bereich. Bei letzterer liege die Eigenleistung nur bei einem Drittel, bei der mobilen

Pflege hingegen doppelt so hoch.

Auf welche finanziellen Probleme alternde Gesellschaften zusteueren, machte auch Bernd Marin, Leiter des European Centre for Social Welfare, deutlich. „Die wenigsten von uns werden vor 80 sterben“, sagte Marin. Schon jetzt erreichen 84% der Männer das gesetzliche Pensionsalter (65 Jahre) und haben dann noch eine Restlebenserwartung von 20,5 Jahren. Bei Frauen (60 Jahre) sind es sogar 92%, sie

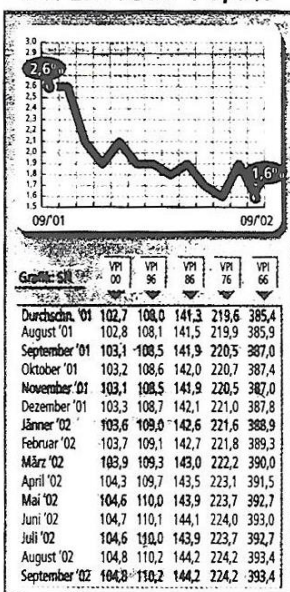
leben nach Erreichen dieser Grenze noch 26 Jahre, sagte Marin.

Dass dies auch zu erhöhtem Pflegebedarf führen wird, liegt auf der Hand. Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass die Zahl jener Personen, die auf Grund von Berufsunfähigkeit oder Invalidität in die Rente wechseln, stark ansteigt. In manchen Berufsgruppen – etwa bei Landwirten oder männlichen Arbeitern – sind es bis zu 70% aller in die Rente Eintretenden.

In diesem Zusammenhang wies Marin auf interessante Ergebnisse eines OECD-weiten Vergleichs hin. Demnach liegt die Zahl derer, die sich subjektiv nicht behindert fühlen, aber dennoch eine Leistung erhalten, bei 27,7%. Im Gegenzug gebe es im Durchschnitt mehr als 50% von Behinderten, die keine Leistung erhalten. Den Missbrauch schätzt Marin mit 2 bis 3% relativ gering ein, bedeutsamer sei, dass sehr viele Menschen, denen eine Leistung zustünde, „sich das Geld nicht abholen“. Teils aus falschem Stolz, überwiegend aber auf Grund fehlender Information.

Welch massive Kostenbelastung damit verbunden ist, lässt sich daran ablesen, dass in Österreich mehr als das 2,5-fache für Behindertenleistungen ausgegeben werde, als Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Während die Einkommensverluste dieser Gruppe marginal seien, seien ihre Jobaussichten katastrophal, sagte Marin, die Eingliederung sei fast erfolglos: „Sie werden zwar materiell abgesichert, aber abgeschoben.“

INFLATION: +1,6%



Gastronomiepreise steigen kräftig

Reisen und Restaurants deutlich teurer als vor einem Jahr – Strom billiger

WIEN, LUXEMBURG (SN). Die Teuerung in Österreich befindet sich wieder auf dem Rückmarsch: Im September betrug die Inflationsrate 1,6 Prozent nach 1,9 Prozent im August. Für das gesamte Jahr 2002 erwartet die Statistik Austria eine Teuerungsrate von 1,7 bis 1,9 Prozent. Im Vorjahr hatte die Inflation noch 2,7 Prozent betragen.

Gedämpft wird die Teuerung in Österreich derzeit vor allem durch rückläufige Preise für Energie und Telekommunikation. Strom kostete im September um 4,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, Kraftstoffe um 2,2 Prozent weniger, Heizöl extra leicht um 6,9 Prozent weniger. Telefonate im Festnetz wurden im Jahresabstand um zwei Prozent billiger, Mobiltelefon-Gespräche sogar um vier Prozent. Markante

Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr gab es dagegen bei Kfz-Versicherungen (plus vier Prozent), bei Pauschalreisen (plus 6,1 Prozent) sowie bei Freizeit- und Kulturdienstleistungen (plus 2,6 Prozent). Auch in Restaurants und Cafés stiegen die Preise im Jahresabstand deutlich, nämlich um durchschnittlich 3,2 Prozent an.

Höhere Tarife in den Kindergärten

Im Monatsabstand, also von August auf September, registrierte die Statistik Austria die kräftigsten Preissteigerungen bei Bekleidung und Schuhen (+4,9 Prozent) sowie im Bereich Erziehung und Unterricht (+2,6 Prozent). Grund dafür waren Preissteigerungen bei Kin-

dergärten, der Tagesbetreuung von Volksschülern sowie in der Erwachsenenbildung. Für die Preissteigerungen bei Bekleidung und Schuhen war vor allem das Ende des Ausverkaufs ausschlaggebend.

Die Teuerung im Euro-Raum verharrrt weiter über der Zweiprozentmarke, sie betrug im September wie auch schon im August 2,1 Prozent, die Teuerung in den 15 EU-Staaten betrug unverändert 1,9 Prozent. Die höchsten Teuerungs-raten verzeichneten Irland (4,5 Prozent), Griechenland und Portugal (jeweils 3,8 Prozent), die niedrigsten Deutschland und Großbritannien (jeweils ein Prozent). Österreich lag mit einer Teuerungsrate von 1,6 Prozent (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) an sechster Stelle unter den EU-Staaten.